

Landertshammer scheint bereits alles, worüber er sich beklagt, in der Öffentlichkeit vorgebracht zu haben; das ihm gegenüber eingehaltene Verfahren scheint sich bewährt zu haben: Von allem Anfang an die Wahrheit zu sagen, nämlich, daß der Vorwärts, als der größte Aktionär der Steyermühl, Preisbegünstigungen begehrt hat - nun Landertshammer konnte auch nicht mehr behaupten; er hat sich dann in die Rolle begeben, zu gestehen, daß selbst dieser Versuch des Vorwärts mißlungen ist - obwohl es ~~nicht richtig ist!~~ Es bleibt also auch nach seiner Darstellung nichts übrig, als eine sozialistische Forderung auf Preisnachlass, die abgewiesen wurde. Die bürgerliche Presse spricht von einer Forderung von 2 Millionen Schilling bei einem Jahresumsatz von - wie gesagt 20 Millionen - das würde einem 10 %igen Preisnachlass entsprechen - der gar nicht übermäßig wäre! Die "Presse" vom Pfingstsonntag sieht den Sachverhalt auch ungefähr so, was sie aber daran knüpft, trifft das Wesen der Kampagne. Bisher waren Gegner und Öffentlichkeit sich darüber einig, dass es bei der ÖPO keine Unregelmäßigkeiten gebe, keine Korruption, jetzt sei es mit diesem guten Ruf vorbei.

Nachdem nun die Aktion Landertshammer ausgelaufen ist, scheint es nötig zu sein, zum Gegenangriff anzutreten, der drei Aktionen umfassen müßte:

- 1.) die Durchführung von Entgegnungen in allen Zeitungen, die etwas gebracht haben, was zu berichten ^{ist} ist,
- 2.) Aufklärung über Landertshammer selbst zu verbünden ^{zu verbünden};
- 3.) Korruption der Volkspartei gerade im Falle Steyermühl aufzudecken und nachzuweisen. Zu diesem Zweck

wird man auch von ihr, wie du sie geben kannst, Auskunft einholen müssen.

ad 1.) Was Näheres ergibt sich von selbst

ad 2.) Der Gedankengang der Aktion könnte in einem Zeitungsartikel Ausdruck finden, der etwa folgenden Inhalt hat:

Um die Einheit der Partei (der Fall Landertshammer)

Wie in der bürgerlichen und in der sogenannten unabhängigen Presse mit Balkenlettern gebrachten Enthüllungen 1. über angebliche Korruption bei der Landertshammer mit einem Mißlingen geendet. Es wurde behauptet, dass sozialistische Politiker auf den armen Generaldirektor Landertshammer gepreßt hätten, um von ihm die Zustimmung zu ungerechtfertigten Entnahmen aus dem Vermögen der Steyrermühl für den Vorwärts zu erzwingen - allerdings sei dieser Versuch zuletzt unternommen in einer angeblich dramatisch verlaufenen Sitzung, an der die Genossen Selmer, Enßl und Schönbauer teilgenommen hätten, um tapferen Widerstand Landertshammers gescheitert; heute erzählt L. nicht die volle Wahrheit: er war eigentlich nur darüber enttäuscht, dass man die Preisbegünstigung ohne seine Vermittlung haben wollte; die behauptete Korruption hat darin bestanden, dass man mit L. über eine Preisbegünstigung beim Bezug von Papier für die Vorwärtsdruckerei gesprochen hat, eine Preisbegünstigung, die nach den von der bürgerlichen Presse gebrachten Nachrichten 10 % des Bezugspreises für Papier ausgemacht hätte.

311

Ein anderer Vorwurf, der gegen die sozialistische Partei erhoben wird, ist der, dass man notwendige Investitionen bei der Steyrermühl zurückgestellt und verhindert hat, um

der Pression für den Preisnachlass mehr Nachdruck zu geben. Aus dieser Zurückstellung der Investitionen sei der teyrenmühl ein Millionen Schaden erwachsen. Das Beweisstück, auf das sich L. dabei beruft, ist ein Brief der Direktoren der teyrenmühl an den von den Sozialisten gestellten Vorsitzenden des Aufsichtsrates Genosse Legmeister. Aber dieser Brief ist nie abgeschickt worden. Wie kommt ein nie abgeschickter Brief in die Hände Landertshammers? Hat ihn er bestellt? Und haben ihn dann die Direktoren nichtabgeschickt, weil sie selbst den Inhalt für unzutreffend gehalten haben? Überdies muss aber noch bemerkt werden, dass die Zurückstellung übertriebener Investitionsvorhaben bereits im Jahre erfolgte, zu einer Zeit also, da von Preisnachlässen noch gar keine Rede war!

In den Augen der breiten Öffentlichkeit ist L. zu seiner so breit aufgeschichteten Ansehlichkeit deshalb gekommen, weil die Arbeiterzeitung in der Besprechung des parlamentarischen Berichtes über gewisse Leberungen der verstaatlichten Banken auch Mängel in der Verwaltung der Landersbank kritisiert hat. L. sieht es zwar gerne und er fordert mit allen Mitteln Kritik an den Verwaltern der anderen verstaatlichten Banken, selbst verträgt er solche nicht. Wird sie aber an ihm geübt, dann scheut er eine sachliche Auseinandersetzung und eröffnet einen Kampf bis aufs Messer, der Kampf bis aufs Messer bedeutet in seinen Augen und aus seinem Munde nicht mehr und nicht weniger als den Kampf um die Entstaatlichung der Staatsbanken.

Im Jahre 1945 wurde L. von Sozialisten zum öffentlichen Verwalter der Länderbank eingesetzt; er war in der darauffolgenden Zeit der lauteste Rufer nach der Verstaatlichung der Banken. Es wird kein Geheimnis verraten, wenn man sagt, dass auch innerhalb der sozialistischen Partei die Meinung über die Zweckmäßigkeit einer Bankenverstaatlichung geteilt ^{war} ist. Aber L. verstand alle Bedenken gegen solche zu überwinden. Eine breite Öffentlichkeit wird vielleicht neugierig darauf sein, ob die sozialistische Partei L. bei der Ausrüstung dieses wichtigen Postens Bedingungen auferlegte, nun, keine Spur, als er von der SPÖ zum Generaldirektor der Länderbank vorgeschlagen wurde gab man ihm für sein Amt weder Bedingungen ^{oder Bindungen} noch Verpflichtungen bekannt; man, das heisst auch die politischen Gegner, erwarteten ebenso wie die Sozialisten von ihm, dass er seine Aufgabe gut und verlässlich, ohne Rücksicht auf politische ^{Bindungen} Bedingungen, aber doch als Sozialist erfüllte. L., einmal in der Leitung einer Großbank tätig, fühlte sich aber weniger als Vertrauensmann des Staates und seiner Regierung, sondern so, als ob er Interessen privater Aktionäre zu vertreten gehabt hätte, ~~und~~ als ob alles Privatinteresse in der ihm anvertrauten Staatsbank in seiner Person verkörpert wäre.

Aus Gründen reiner Bankpolitik dieser ~~so~~ aufgefassten Pflicht, die nichts mit allgemeiner Wohlfahrt zu tun hat, nahm er gegen die Währungsmaßnahmen der Regierung Renner am des Jahres 1945, ebenso wie gegen die vom Nationalrat im Jahre 1947 beschlossene der Regierung feige-schärf Stellung, ja er scheute sich nicht gegen sie, als sie schon beschlossen waren, im kommunistischen Abendblatt zu ~~sch~~

blatt zu schreiben und sich damit der subversiven Kritik etwa eines Dobretsberger anzuschliessen.

Es war auffallend, dass L., der Vorkämpfer der Verstaatlichung der Banken, den Kampf ~~Kraus~~ ^{Johann} gegen die staatliche Einschau des Rechnungshofes in die Bankgebarung mit unterstützte und mitführte; In einer Privatbank sorgt das lebendige Interesse der wichtigeren Aktionäre für eine gewisse Kontrolle; bei einer Staatsbank aber gibt es neben der nicht sehr sonderlich wirksamen Kontrolle durch den Aufsichtsrat, der - dank einer Krausland'schen Anordnung - bei den verstaatlichten Banken weniger zu reden hat, als anderswo - ~~keine~~ natürliche Kontrollen durch den Rechnungshof und durch den Nationalrat, beide Kontrollen gingen L. anscheinend ebenso auf die Nerven, wie dem Generaldirektor Dr. Johann von der O.

War L. durch die Verstaatlichung und auf Grund des Vorschlages der BPO schon zum Generaldirektor einer Staatsbank geworden, dann wollte er in ihr walten als ob sie sein Privateigentum wäre. Ist es nicht bezeichnend, wie häufig er in den letzten Aussendungen von "meiner Bank" sprach? Sein Ruf nach Entstaatlichung der verstaatlichten Banken ist aber nur die letzte Folgerung aus seiner Entwicklung: Die Verstaatlichung war gut genug, um ihm zur Verwaltung einer Großbank zu verhelfen; ist dieses Ziel erreicht, dann möge der Staat mit seiner lästigen Aufsicht die Bank wieder ganz und allein den Herren Generaldirektoren überlassen! , damit diese unkontrolliert wirtschaften können.

Die Sinnesänderung des zum Generaldirektor einer Großbank arrivierten früheren Obmannes der Bankangestellten-~~der~~ Gewerkschaft fand mancherlei Ausdruck: 314

Nach den Wahlen des Jahres 1949 wurden die Anstellungsdienstverträge mit den Generaldirektoren der verstaatlich-

ten Banken abgeschlossen. Obwohl jedermann weiss, dass der Unterschied an Größe und Bedeutung zwischen der IX CA und der Länderbank auch eine verschiedene Entlohnung der leitenden Personen gerechtfertigt, erwartet und wünscht L. von den Politikern der sozialistischen Partei und zwar gerade von jenen, die er jetzt namentlich angreift, dass sie seine persönliche Forderung nach gleicher Entlohnung mit dem Generaldirektor der CA Dr. J. durchsetzen; daß sie sich nicht zum Werkzeug seiner übertriebenen Gehaltsforderungen machten, hat ihnen L. nicht verziehen. L. erfuhr im Jahre 1950 eine zweite Enttäuschung durch die SPÖ; es scheint ein Plan bestanden zu haben, bei der im Dezember 1950 stattgefundenen Generalversammlung der Steyrersüdl an Stelle des bisherigen von der SPÖ gestellten Vorsitzenden Dr. Deutsch den Generaldirektor der Länderbank, oben Dr. L., zu bestellen; dieser Plan kam aber nicht zur Billigung jener Kommissen, welche heute von L. persönlich angegriffen werden.

L. bezieht in den Funktionen, in ~~den~~ er auf Vorschlag der SPÖ gekommen ist, die entsprechenden Bezüge; derselbe Dr. L. aber hat sich von allen Anfang an standhaft gegen die entsprechenden Einkommen einer entsprechenden Partei betrag zu leisten - auch ein Beitrag zur Beleuchtung des Dr. L. und interessant, derselbe Mann, der alle Einkunftsöglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen, ausschöpft, tut mit, wenn es gilt, sozialistische Funktionäre, welche ihre Funktionsgebühren an die Bewegung abführen, wegen ihres Einkommens zu verdächtigen!

wie etw. Gen. Sagmeister

Dr. L. istes gewesen, der im Jahre 1947 die BPO zum
Ankauf eines Aktienpakets von Teyrermühl- Aktien veranlasst
hat, er ist es, der diese Reaktion innerhalb der BPO
mit grösster Energie vertreten hat, er ist mit den
Stimmen der BPO-Vertreter in der Generalversammlung der
Teyrermühl zum Vizepräsidenten der Aufsichtsrats be-
steht worden. Wie er sich dort betätigt hat, erfährt
durch ein besonderes Missgeschick die Öffentlichkeit
hier: er war der wärmste Befürworter der Aufnahme der
Teyrermühl am Papiermarkt, mit einem Wissen und Hint
den Rücken des sozialistischen Aufsichtsratsvorsitzenden
Dr. Deutsch wurden alte Kartellkriterien so verändert,
^{späterhin} dass die sozialistischen Vertreter im Aufsichtsrat gerade
zu machtlos den Kartelltreibern der Teyrermühl-
Direktion zusehen mussten - auch ein Beitrag zur Erkenntnis, wie
Dr. L. eine von der Partei ermöglichte Tätigkeit in der
Wirtschaft auffasste.

Wie weit sich Dr. L. von den in der BPO lebendigen Be-
ziehungen entfernt hat, konnte eine breite Öffentlich-
keit schon erkennen, als er im ^{Juli oder Aug. 1951} den
Sektionschef des Finanzministeriums Dr. Hartenau in die
gutbezahlte Leitung der Lenzinger Seilwerke a.S. berief.
Hartenau galt als der einflussreichste Beamte des Finanz-
ministeriums, er hatte dem Bund noch einige Jahre zu die-
nen gehabt und es umgab ihn das Gerücht, er werde der
Nachfolger des weit überalteten Dr. Rizzi in der Präsi-
dentschaft der Nationalbank sein. Landertshammer musste
wissen, dass die Berufung eines mit höchster Pension in
den Ruhestand tretenden Beamten in eine gut dotierte
Stelle bei einer Großindustrie von der Öffentlichkeit ³¹⁶
nicht freundlich aufgenommen wird. Hartenau brachte ja

seine Verbindung zum Finanzministerium und seine Aussidlung auf Präsidentschaft der Nationalbank machten ihn zu einem Werkzeug d. geeignet.

Etwas besonderes leistete sich Dr. L. im Herbst 1951: bis 1950 hatte der Vertreter des Vorwärts, also die SPÖ, Mandate im Aufsichtsrat gegen der Länderbank und gegen der CA, bei der Generalversammlung des Jahres 1950 wurden auf betreiben Dr. L. dieses Verhältnis auf abgeändert. Die SPÖ, welche in der Generalversammlung Aktien vorwies, wurde also die Mehrheit besass, ~~war~~ ^{wurde} damit in ihrer Vertretung auf bloss die Hälfte herabgedrückt. Das genügte Dr. L., dessen Traum von der Besetzung der Stelle des Aufsichtsrats-Vorsitzenden nicht in Erfüllung gegangen war, nicht vor der Generalversammlung des Jahres 1951 lief er dem Vorsitzenden der ÖVP, insbesondere dem Präsidenten Raab, die Lobre ein, machte ihn darauf aufmerksam, dass infolge der von der Länderbank durchgeführten Neuerwerbung von Vollmachten für Aktionäre die Möglichkeit bestehe, der SPÖ den leitenden Einfluss bei der Steyrermühl zu entwinden, wenn nur die beiden Staatsbanken, nämlich Dr. L. an der Länderbank und an der CA verknüpft gegen die SPÖ vorgingen. L. als der von der SPÖ vorgeschlagene und gewählte Vizepräsident des Aufsichtsrates verbündet sich mit Raab zum hinauswurf der Sozialisten aus der Steyrermühl, in der die SPÖ das grösste Aktienpaket besass! Dieser Vorschlag hatte den von L. vorhergesehenen Erfolg; war es Raab, war es Figl, war es Margaretha, kurz, in der Generalversammlung der Steyrermühl vom wurde die SPÖ, welche damals.....mit 4 Aufsichtsratsmandaten abgespeist, die beiden

Staatsbanken, welche jeAktien vertreten, erhielten ebenfalls je 4 Aufsichtsräte.

Nach all dem, war ein Ausscheiden Dr. L. aus der Partei längst fällig, es musste im Interesse der Einheit der Partei erfolgen.

In der Vergangenheit hat es in Österreich, wie in anderen Ländern, auch in ~~Kreisen~~ Kreisen, die ihrer Klassenlage nach, Gegner des Sozialismus zu sein pflegen, Menschen gegeben, welche ihrem Milieu zum Trotz Verständnis für den Sozialismus und für die sozialistische Bewegung gewannen und sie auch in taktvoller Weise nicht allein mit ihren Sympathien unterstützt haben; diesen Kapitalisten steht ein Dr. L. gegenüber, der durch die sozialistische Bewegung auf einen Posten gerückt worden ist, den in einer kapitalistischen Gesellschaft nur Vertrauensleute der Kapitalistenklasse bekleiden. L., der früher Obmann der Bankangestellten war, ist auf den durch die Arbeiterbewegung erlangten Posten zum ~~Posten~~ Posten des Sozialismus ^{mit der soz. Partei} geworden.

ad 3.) OVE-Korruption um die Steyrermühl.

Im Jahre 1947 erwarb die OVE durch Vermittlung der Länderbank ein grösseres Paket von Aktien der Steyrermühl. Die Steyrermühl war eine der grösseren Papierfabriken Österreichs, die in früherer Zeit einen gesicherten Absatz ihrer Erzeugnisse in ihren eigenen Großdruckereien in Wien auf dem Fleischmarkt und in der Gumpendorferstrasse besass.

Mit dem Verlust dieser beiden Druckereien, sie sind jetzt von der KP gepachtet, verlor die Papierfabrik ein Element gesicherten Geschäftsganges. Ein Verhältnis zwischen einem anderen grossen Druckereiunternehmen, wie ³¹⁸ es der von der SPÖ vermarktete Vorwärts und die SPÖ-Drucke

~~Neu~~ in den Bundesländern sind, was daher für die Steyrermühl in jeder Hinsicht erwünscht, ebenso war ^{en} über für den Vorwärts gesicherte Papierlieferungen von Vorteil, das Verhältnis zwischen beiden Gesellschaften entwickelte sich auf diesem Grund beiderseitiger Vorteile günstig und zufriedenstellend.

Die Generaldirektion der Steyrermühl strebt natürlich mit allem Nachdruck auf Grund der Rückstellungsgesetze die Wiedergewinnung der Druckereiunternehmungen am Fleischmarkt und in der Gumpendorferstrasse an, welche heute von den Kommunisten besetzt werden. Es war nun bezeichnend, zu sehen, auf welche Schwierigkeiten dieses Rückstellungsverfahren ~~stieß~~ stieß, man wurde den Eindruck nicht los, dass die ÖVP-Politiker die beiden dieser Druckereien lieber im Besitz der Kommunisten sahen als in dem der Steyrermühl, weil diese von der ÖVP als eine sozialistische Position aufgefasst wurde.

Im Herbst 1950 wurde nun folgender Plan entwickelt: unter der Voraussetzung, daß die dem Finanzministerium unterstehenden Behörden das bereits ergangene Urteil über die Rückstellung des Objektes Gumpendorferstrasse an die Steyrermühl rechtskräftig werden lassen, (dessen Rechtskraft bisher vom Finanzministerium verhindert worden war) wollte die Konzentration, also die ÖVP, an einen der ÖVP nahestehenden Verlag ein Haus um einen geringen Kaufpreis abtreten. Die ÖVP war bereit, dieses Opfer für die Steyrermühl zu bringen, wenn jedoch, hiess es weiter, auch die Druckerei am Fleischmarkt an die Steyrermühl zurückfalle, sollte die Volkspartei Maschinen aus dem grossen ~~Bestand~~ Bestände dieser Druckerei um einen Pauschalpreis von 700.000 S erhalten.

Dieser Plan wurde einer Sitzung unterbreitet, in der namens der Volkspartei 2 Regierungsmitglieder, namens der sozialistischen Partei unter anderen auch ein Regierungsmitglied teilnahmen. Im Verlaufe der Verhandlungen verlangte nun ein der Volkspartei angehöriges Regierungsmitglied Auskunft darüber, nach welchen Gesichtspunkten der Preis für das Haus und für die Maschinen festgesetzt worden seien; es wurde ihm erklärt, dass es sich um Preise handle, die dem Wert ungefähr entsprechend seien. Darauf antwortete dieser Minister enttäuscht: "Wir haben uns nicht vorgestellt, daß wir reelle Preise bezöhen, sondern bloss einen Anerkennungsbetrag". Die Sozialisten erklärten, sie seien bereit, eine wirkliche Schätzung des Wertes der Maschinen vor ihrem Verkauf an die ÖVP durchführen zu lassen; das lehnten die ÖVP-Regierungsmitglieder ab. Auf den Einwand, eines sozialistischen Teilnehmers, dass doch das ganze von einer behördlichen Entscheidung abhängig sei, für die man doch nicht eigens bezahlen müsse, recht müsse ja recht bleiben, antwortete das ÖVP-Regierungsmitglied, die Bezahlung eines effektiven Kaufpreises für Maschinen komme für die ÖVP nicht in Frage; wenn man ihr aber die Maschinen um einen Anerkennungsbetrag übergebe, dann werde der Finanzminister binnen 24 Stunden unterschreiben, anderenfalls werde die Steyrermühl ^{auch} zu ihren Maschinen kommen, aber erst nach Jahren. Der Vorschlag des Vertreters der ÖVP bedeutete nichts weniger, als dass die SPÖ an ~~zur~~ die Steyrermühl für die Amtshandlung ein Geschenk an die ÖVP machen sollte - also das Angebot eines Amtsmissbrauches.

320

Der Wortführer der SPÖ erklärte daraufhin, unter diesen Umständen könne er nicht abschliessen, er müsse die Entscheidung seiner Partei einholen. Die Entscheidung der SPÖ fiel

gegen die Teilnahme an dem von der ÖVP vorgeschlagenen
Antismißbrauch aus; die Steyermühl hat auch heute noch
nicht die Druckereien auf dem Fleischmarkt und in der
Gumpendorferstrasse zurückgehalten.